

II- 3617 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 12. Juli 1974 No. 1791/J

Anfrage

der Abgeordneten Regensburger

und Genossen

an den Bundeskanzler

Betreffend gewerkschaftliche Forderungen der Lehrer

Am 7.6.1974 fand auf Einladung des Bundeskanzlers eine Aussprache mit Vertretern der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten unter der Führung vom Vorsitzenden Dr. Gasperschitz über gewerkschaftliche Forderungen der öffentlich Bediensteten statt. Die Forderungen der Lehrerschaft wurden von der Gewerkschaft angemeldet, wobei Dr. Gasperschitz an die schon in der ersten Republik geltende Relation (2 Beamtenstunden = 1 Lehrerstunde) erinnerte und darauf hinwies, daß ein Ausschluß der Lehrer von der Arbeitszeitverkürzung eine besondere Härte, ja einen effektiven Rückschritt für diesen wichtigen Personenkreis bedeuten würde. Der Herr Bundeskanzler erwiderte, er sei gewöhnt, offen zu reden. Die Forderung der Gewerkschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche, sei zu weitgehend. Unter bestimmten Voraussetzungen würde die Regierung eine generelle Verkürzung der Lehrverpflichtungen um 1/2 Stunde ins Auge fassen, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen, wie z.B. Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Lehrverpflichtung durch Einführung von Legasthenikerkursen und Förderstunden; Verzicht auf Erfüllung der erhobenen Spartenforderungen udgl. Der Vorsitzende-Stellvertreter Sommer erklärte daraufhin namens der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten die Arbeitszeitverhandlungen im Bundeskanzleramt auf Beamtenebene für gescheitert. Darüberhinaus wurde festgestellt, daß sich die Gewerkschaft nunmehr direkt an den Bundeskanzler wenden werde.

Im sozialistischen Mitteilungsblatt für Lehrer und Eltern

"Freier Tiroler Erzieher" (Nr.4), Schuljahr 73/74, stand hingegen folgender Satz: "Die Bundesregierung hat nunmehr im Zuge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zugestimmt, die Lehrverpflichtung der Lehrer generell um 1/2 Stunde herabzusetzen."

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Entspricht die Meldung des obzitierten "Freien Tiroler Erzieher" den Tatsachen oder entspricht die im Organ der Bundessektion Pflichtschullehrer in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten "Der Pflichtschullehrer" gebrachte Meldung, daß die Verhandlungen gescheitert seien, der Wahrheit?
2. Welche Maßnahmen wird der Bundeskanzler nach dem Scheitern der Verhandlungen auf Beamtenebene setzen, um den Forderungen der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten doch noch entsprechen zu können?
3. Wann wird mit der Erfüllung der Forderungen der Lehrer auf Herabsetzung der Lehrverpflichtung um 1 Stunde gerechnet werden können?